

Stimmt denn diese Sicherheitspolitik?

von Horst Afheldt

Der Autor, 55, ist Jurist, Strategieexperte, Verfasser des Buches „Verteidigung und Frieden“ und Mitverfasser der Atomkriegsstudie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“.

Wenn wir nach 20 Jahren Rüstungskontrollpolitik und mehr als zehn Jahren Entspannungspolitik im Afghanistan-Fall nackt dastehen, sollten wir uns nicht länger verschweigen, daß unsere Politik erfolgreich geblieben ist.

Die einfachste Begründung für diesen Fehlschlag lautet: Die Sowjet-Union ist und bleibt eben eine aggressive Macht. Doch wer sich mit dieser Erklärung zufriedengibt, zeigt, daß er Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik als Beschwichtigungspolitik behandelt.

Richtige Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik ist aber auch für uns Machtpolitik, Machtpolitik, die unsere Interessen auch gegen sowjetische Macht-Schachzüge sichern soll.

Natürlich kann jede Politik an einem Gegner scheitern. Das gilt für Abschreckungs- und Entspannungspolitik gleichermaßen. Korrigieren können wir aber nur die eigene Politik — und erst durch deren Auswirkungen die Politik eines Gegners.

Fragen wir also, welche auch für die Sowjet-Union gravierend zählenden Werte wir denn durch Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik aufgebaut haben, mit deren Entzug wir heute drohen könnten.

Der wichtigste Gewinn aus der Entspannungspolitik der letzten zehn Jahre für die Sowjet-Union war zweifellos die Anerkennung des Status quo in Europa. Aber diese Anerkennung war gleichzeitig für uns das notwendige Instrument für die weiteren Schritte beim Aufbau unserer Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik mit dem Ziel, die Sowjet-Union in das Interessennetz so einzubinden, daß auch unsere Interessen gesichert werden.

Ob man das Schaffen dieser Vorbereitungen nun als „Vorleistung“ bezeichnet oder nicht: Fest steht jedenfalls, daß sie irreversibel sind. Denn die Zurücknahme etwa der Anerkennung der DDR oder des Status quo der Ostgebiete als Reaktion auf den Einmarsch in Afghanistan ist unmöglich. Haben diese „westlichen Vorleistungen“ jedoch vielleicht Früchte getra-

gen, die wir heute politisch nutzen können?

Entwicklung der eigenen Volkswirtschaft durch wirtschaftliche Kooperation mit dem Westen (Sibirien-Projekte) und Entlastung von den Kosten des Wettrüstens sind handgreifliche Vorteile, die die Sowjet-Union sich aus dem Entspannungsprozeß erhoffte — und die mehrere Regierungen der USA ihr auch versprochen haben. Doch der Prozeß der Realisierung eines solchen Interessennetzes blieb in den Ansätzen stecken — teils durch Eingriffe des US-Kongresses, teils durch die hin- und herschwankende Politik der verschiedenen Präsidenten der USA.

Welche Drohmittel haben wir aber auf dem Feld der Rüstungskontrollpolitik zur Hand? Sieben Jahre nach dem Salt-I-Vertrag war Salt II endlich unterschrieben. Doch im US-Senat hatte der Vertrag schon vor Weihnachten 1979 kaum noch eine Chance. Und selbst zu diesem „kaum noch“ hatte Präsident Carter ein umfassendes Aufrüstungsprogramm verkünden müssen, ein Programm, das Salt II als Instrument der Rüstungskontrolle praktisch entwertete. Und der Nato-Nachrüstungsbeschluß vom Dezember 1979 bedeutete aus Moskauer Sicht: Wettrüsten auch in Europa.

Hier gab es also für die Sowjet-Union nichts mehr zu verlieren. Betrachten wir daher unser Arsenal an politischen Abschreckungswaffen, so ist die Waffenkammer der Rüstungskontroll- und Rüstungsbegrenzungspolitik leer. Und in der Waffenkammer Entspannungspolitik finden wir nur wenige armselige Flinten. Die russische Invasion Afghanistans deckte noch schonungsloser als die Besetzung der US-Botschaft in Teheran ein weiteres, vielleicht noch gravierenderes Bündnisproblem auf:

Die westeuropäischen Bündnispartner, allen voran die Bundesrepublik und auch Japan, haben sich durch wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, die außerdem ihre Akzente auf Export, Verkehr und Öl setzte, in eine Situation manipuliert, in der sie in einem vorher nie gekannten Maße von der instabilen Weltregion der nahöstlichen Ölländer abhängig wurden.

Hätten wir die Wachstumskritik ernster genommen, unsere äußere Sicherheit wäre heute weniger gefährdet. So aber wurde der Schutz der Ölzufuhren Voraussetzung für unsere wirtschaftliche Existenz. Doch wie will man auf die Dauer sicherstellen, daß stetig wachsende Rohöl- und Rohstoffmengen an die relativ wenigen Einwohner der westlichen Industrienationen gehen — zumal auch der Ölbedarf der Sowjet-Union wächst?

Soll und kann man diesen Ölnachschub denn militärisch sichern? Wie will man etwa die saudiarabischen Prinzen gegen eine Revolution wie im

Iran mit Truppen schützen? Und wenn ja — mit welchen Truppen? Amerikanischen Truppen allein oder amerikanischen und deutschen? Müssen wir denn nicht den Schutz unserer Ölinteressen zumindest unterstützen, wenn das Bündnis die USA nicht überlasten soll?

Doch mit dieser Frage sind wir bei der militärischen Komponente unserer Sicherheitspolitik: Stimmt denn die Verteidigungspolitik, die angesichts dieses Fiaskos von Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik jetzt fast allein das ganze Gewicht unserer Sicherheitspolitik tragen muß?

Grundlage der militärischen Komponente unserer Sicherheitspolitik war — und ist formal bis heute — die Strategie der „flexible response“. Das Prinzip dieser Strategie ist, den Krieg durch Abschreckung mit der Drohung der Eskalation zum großen Kernwaffenkrieg unmöglich zu machen. Diese Strategie steht und fällt mit dem Willen und der Entschlossenheit der USA, die Selbstvernichtung zu riskieren.

Gläubte man nun in der Nato an die Abschreckungswirkung dieser Drohung — wofür man sich Jahr für Jahr auf Nato-Tagungen versichern ließ, daß die USA zu diesem für sie doch recht irrationalen Verhalten bereit seien —, dann kam es auf sehr genaue Zahlen und Gleichgewichte der konventionellen Streitkräfte gar nicht an.

Es mußte genügen, entschiedenen Widerstand leisten zu können und den „Eskalationsverbund“ bis zur strategischen Ebene sicherzustellen.

Dann aber konnte man — worauf Graf Baudissin jahrelang zu Recht hingewiesen hat — Rüstungskontrollabkommen auf dem konventionellen Sektor in Europa aushandeln, die die Sicherheit vor Überraschungsangriffen deutlich erhöhen, ohne sich hoffnungslos in einem Streit über die Frage festzubeißen, ob der Warschauer Pakt heute in Europa 805 000 oder 930 000 Soldaten stationiert habe.

Eben das aber tat das Bündnis unter entscheidender Mitwirkung der Bundesregierung bei den MBFR-Verhandlungen in Wien.

Gläubte man aber nicht an die zuverlässige Wirkung nuklearer Abschreckung — und dazu bestand allerdings Anlaß —, dann mußte man sich überlegen, wie man denn die Bundesrepublik verteidigen wollte.

Das heißt, man mußte den gedanklichen Schritt tun von „Krieg ist durch unsere Abschreckung unmöglich“ zu „Krieg kann doch einmal möglich werden“. Aber dann konnte man nicht auf die bestehende konventionelle Verteidigung vertrauen, denn die wäre, wie man wußte, in einigen Tagen zusammengebrochen.

Und was stellte man sich eigentlich vor, unter dieser Prämisse (Krieg)

mit Kernwaffen erreichen zu können — außer der Selbstzerstörung unseres Landes?

Dabei ist egal, ob die Kernwaffen nun Neutronenwaffen oder „Pershing-II“-Raketen sind. Denn die ersten wären auf unserem Territorium eingesetzt worden — und nach ihnen, oder auch schon kurz davor, die russischen nuklearen Gegenmittel.

Und die „Pershing-II“ würde voraussichtlich im europäischen Kampfgebiet unter den heutigen Möglichkeiten der Luftaufklärung gar nicht erst zum Schuß kommen, sondern von Raketen, etwa den sowjetischen SS-20, nuklear vernichtet — und mit ihr große Teile unserer Zivilbevölkerung.

So gibt es bis heute keine durchdachte Theorie für den Gebrauch von Kernwaffen in Europa, falls die Abschreckung versagen sollte — wie Kissinger im September in seiner Brüsseler Rede feststellte.

Aber selbst wenn man sich über dieses Dilemma mit dem Glauben an Abschreckung hinwegtröstet: Wie soll etwas abschrecken, was wir im Kriegsfall doch nicht einsetzen dürften?

Die Erkenntnis, daß die Europäer in einem auf Europa begrenzten Atomkrieg vernichtet würden, ist ebensowenig geheimzuhalten wie die umgekehrte: daß es unzumutbar ist, den USA für den Fall eines Krieges praktisch nichts als den wechselseitigen Selbstmord mit der Sowjet-Union zuzugestehen — möglichst über unsere Köpfe hinweg.

Und mit dem Scheitern der anderen Elemente unserer Sicherheitspolitik, der Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik, ist eben das Versagen der militärischen Abschreckung nicht mehr so unwahrscheinlich, daß man weiter so bisher Zerstörungsmaschine über Zerstörungsmaschine auf beiden Seiten des vielleicht bald wieder Eisernen Vorhangs aufhäufen kann — und sich damit beruhigt, sie hätten ja immerhin einen symbolischen Wert als „Abschreckungsinstrumente“.

Was kann deutsche Politik in dieser Krisensituation tun, um zu verhindern, daß sich ein tödlicher Prozeß der Eskalation zur Gewalt zwischen Ost und West durchsetzt?

Ein Grundsatz deutscher Sicherheitspolitik dürfte den Kollaps einer richtungs- und entschlußlosen Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik überleben: das Bündnis mit den USA. Die Frage ist nur: Was für ein Bündnis, und wie kann es erhalten werden?

Sicherlich nicht durch weitere Solidaritätsakte à la Dezembertagung in Brüssel, bei der letztlich der Entschluß um der Solidarität willen und nicht wegen der Substanz des Beschlusses gefaßt wurde. Denn Bündnisse zwischen Staaten tragen so lange, wie die

Bündnissubstanz den Interessen der Staaten dient, und keinen Tag länger.

Suchen wir deshalb für die jetzt vor uns liegenden Krisen eine gemeinsame Strategie, muß dies eine Strategie sein, die in einer Krise von jeder verantwortungsvoll handelnden Regierung auch durchgehalten werden kann. Damit scheiden symbolische „Als ob“-Strategien aus.

Die bekannteste dieser „Als ob“-Strategien ist auf die Annahme gegründet, eine verantwortliche Regierung der USA könne es darauf ankommen lassen, ihre strategischen Arsenale einzusetzen, um einen anderen Konflikt als einen umfassenden Angriff auf die USA zu beantworten.

Kann man sich andererseits irgendeine verantwortliche deutsche Regierung vorstellen, die beim Zusammenbruch der konventionellen Verteidigung in Europa den Krieg auf unserem Territorium atomar fortsetzen würde — sei es mit Neutronenwaffen, sei es mit anderen Kernwaffen?

Kann man sich irgendeine verantwortliche deutsche Regierung vorstellen, die auch nur eine nukleare Demonstration zur Abschreckung zulassen würde, wenn auf unserem Territorium Tausende nuklearer Schlachtfeldwaffen stehen, zu denen bald auch noch Raketen und Cruise Missiles kommen, die die Sowjet-Union erreichen könnten, wenn die Sowjet-Union sie nicht vorher nuklear ausschaltet — wozu sie in der Lage ist?

Kann man sich irgendeine verantwortliche deutsche Regierung vorstellen, die, wissend, wie die Verteidigungslage in Europa aussieht, Truppen in andere Krisengebiete entsendet? Oder die gar als „europäischer Festlandsdegen der USA“ einen Konflikt auf unser Territorium ziehen läßt, um den Westen in einer anderen Weltgegend zu entlasten, in der er militärisch vielleicht nicht präsent ist?

So zu tun, als ob man diese Fragen bejahen könnte, ist Bluff. Bluff, der in jeder Krise aufgedeckt werden kann und der, wenn aufgedeckt, das Bündnis zerstört.

Der Kanzlerkandidat Strauß hat sich also nicht vom Falken zur Taube gewandelt, wenn er — ebenso wie der Bundeskanzler — von solchen Ausweitungen des Nato-Verteidigungsbereiches nichts wissen will. Er betreibt damit vielmehr nur das, was er immer schon betrieben hat: den Versuch, das Bündnis zu stärken, nicht aber es zu zerstören.

Die richtige Frage lautet also: Wie sollen die militärischen Mittel der Nato aussehen, die es einer verantwortlichen deutschen und einer verantwortlichen amerikanischen Regierung erlauben, in Krisen durchzuhalten?

Oberster Grundsatz jeder verantwortbaren Strategie ist, nicht das zu zerstören, was verteidigt werden soll.

Die Priorität gebührt daher der erfolgversprechenden konventionellen Abwehr und nicht den taktischen Kernwaffen.

Eine solche neue Strategie müßte allerdings durch eine begrenzte, praktisch unzerstörbare nukleare Kapazität abgesichert werden. Etwa durch Raketen oder Cruise Missiles, die auf U-Booten stationiert sind, statt der „Pershing-II“ und landgestützten Cruise Missiles.

Dabei muß diese nukleare Kapazität so lange notfalls auch zur Drohung mit einem begrenzten nuklearen Ersteinsatz dienen, bis die schwierige und noch ungelöste Aufgabe effizienter konventioneller Verteidigung gelöst ist.

Will man dem Anspruch gerecht werden, Rüstungskontrollpolitik sei ein wesentliches Element unserer Sicherheitspolitik, dann muß eine solche neue Abwehrstrategie gleichzeitig geeignet sein, einen neuen Rüstungskontrollvorstoß für Europa voranzutragen.

Doch kann Rüstungskontrolle keinen relevanten Sicherheitsbeitrag leisten, wenn man sich wieder auf Feilschen um relativ unwichtige Vorteile versteift. Denn letztlich gilt auch für Rüstungskontrollpolitik der militärische Grundsatz: Nicht kleckern, klotzen; wenn man aus dieser verfahrenen Lage herauskommen will.

Erreichte man aber so eine politisch-militärische Stabilisierung des europäischen Raumes, könnten deutsche Regierungen dann auch die US-Aktionen an anderen Punkten der Welt politisch mittragen.

Instabilität in Europa dagegen würde in jeder Krise die Europäer zwingen, dem US-Präsidenten in den Arm zu fallen, bis er, als „Papiertiger“ entlarvt, selbst fällt und wir mit ihm.

Meinen die USA es aber ernst mit der These Präsident Carters, sie müßten „um jeden Preis“ stärkste Macht der Erde bleiben, so Carter in der Botschaft zur Lage der Nation vom 22. Januar 1980, dann allerdings ist Rüstungskontrollpolitik endgültig tot.

Denn Rüstungskontrollpolitik setzt voraus, daß beide Seiten das gemeinsame Prinzip der Gleichrangigkeit akzeptieren. Überlegenheit einer der beiden Seiten kann zwischen Machtpolitik betreibenden Staaten nie gemeinsames Prinzip werden.

Wer Überlegenheitspolitik betreibt, muß mit der Rüstungskontrollpolitik dann auch die Entspannungspolitik begraben. Doch kann die Bundesrepublik diesen Preis wirklich zahlen?

SPIEGEL Essay
